

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 168.

Freitag, den 21. Juli 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das schwarz-rote Bündnis.

Nachdem die Wahlen zum bayerischen Landtag beendet sind und den liberalen Wahlkreisländern eine eklatante Niederlage gebracht haben, wird von der liberalen Presse in seltener Einmütigkeit über unsere bayerischen Genossen hergefallen, daß sie es wagen konnten, mit dem Zentrum ein Wahlkompromiß abzuschließen. Da auch bei einem großen Teil unserer Parteigenossen die Meinung vorherrscht ist, daß dieses Kompromiß unserer Partei nicht zur Ehre gereiche, so geben wir nachstehend auszugswise einen Artikel unseres Parteigenossen Dr. Alberty wieder, den derselbe kurz vor den Wahlen in der „Neuen Zeit“ erschienen ist, die Kritik unserer bayerischen Genossen — über deren Wichtigkeit hier nicht gestritten werden soll — wird durch diesen Artikel manchem Genossen verständlicher als bisher erscheinen.

Nachdem Alberty darauf hingewiesen hat, daß die diesjährige Wahlschlacht unter der Parole: „für das allgemeine direkte Wahlrecht“ auszufechten war, schreibt er:

„Die von der Sozialdemokratie in diesem erbitterten Kampfe besetzte Taktik wird wesentlich durch die oben genannte Wahlsparole diktiert.“

Der Augsburger Parteitag im Jahre 1904 hatte hinsichtlich der bei den Wahlen inzunehmenden Taktik folgenden Beschluß einstimmig gefaßt:

„In diesem Sinne erklärt der Parteitag, daß die sozialdemokratische Partei, ihrer Ueberlieferung getreu, den Wahlkampf von allen übrigen Parteien unabhängig und in voller prinzipieller Schärfe führen, daß weiterhin aber mit allem Nachdruck dahin wirken wird, daß eine sichere Zweidrittelmajorität für die Wahlreform aus den Wahlen hervorgeht.“

Diesem Entschluß entsprechend wird der Wahlkampf geführt. Wohl von kleinen der sozialdemokratischen Parteigenossen wird der prinzipielle Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien, die, wie Bebel in seinem letzten Artikel in dieser Zeitschrift mit vollem Rechte ausführt, sich immer mehr zu einer reaktionären Masse zusammenschließen, irgendwie abgeschwächt. Auf der anderen Seite aber gilt es, in diesem Kampfe auch dem letzten Satze des Parteitagbeschlusses Rechnung zu tragen, nämlich dafür zu sorgen, daß eine sichere Zweidrittelmajorität für die Wahlreform zustande kommt.

Die Taktik, die sich hieraus für uns ergibt, ist nur zu verstehen aus der Geschichte der Wahlrechtsfrage in Bayern, die ich deshalb hier kurz rekapitulieren muß.

Seitdem wir im Landtag eine sozialdemokratische Vertretung besitzen, also seit dem Jahre 1893, hat unsere Fraktion mit jähiger Energie als ihr vornehmlichstes Ziel die Befestigung des bestehenden indirekten Systems gefordert. Sie fand damit anfänglich keine Gegenliebe bei irgend einer bürgerlichen Partei. Aber dann unserer unermüdbaren Agitation kam die ganze Lagerung des herrschenden Systems immer weiteren Massen des Volkes zum Bewußtsein, die Stimmen gegen das indirekte Wahlrecht wuchsen sich in solchem Maße an, und die beiden großen Parteien des Landtages, Zentrum und Liberale, mußten bestreben, das Vertrauen weiter, bisher zu ihnen gehöriger Volksmassen zu verlieren. Nun erst einigten sich Regierung und die drei Parteien, Sozialdemokratie, Liberale und Zentrum, in dem zur Veranlassung unseres Antrags etablierten Ausschuss auf 14 Punkte, die freilich hinter unseren Forderungen wesentlich zurückblieben, vielmehr offensichtlich darauf hinausgingen, den bürgerlichen Parteien soweit als irgend möglich ihren Besitzstand zu wahren und die Wahlreform in möglichst enge Grenzen zu halten. Die sozialdemokratische Fraktion stand nun vor der Alternative: Sollte sie dem im Augenblick Erreichbaren zustimmen oder sollte sie, weil wichtige prinzipielle Forderungen nicht erfüllt waren, gegen diese 14 Punkte stimmen und damit nicht nur das Odium auf sich laden, gegen die Einführung des direkten Wahlrechts gestimmt zu haben, sondern auch den Gegnern im bevorstehenden Wahlkampf die wichtigste Waffe gegen uns in die Hand zu geben, daß wir die Wahlreform zum Scheitern gebracht hätten.

Werfen wir einen kurzen Blick auf die Vorteile und Nachteile, die Verbesserungen und Verschlechterungen der Reformvorlage gegenüber dem bestehenden Gesetz. Vor allem enthielt das neue Gesetz die direkte Wahl. Damit war die Möglichkeit gegeben, eine ganz andere Wahlbeteiligung, ein ganz anderes Interesse in breiten Schichten zu erwecken, als es unter dem indirekten System der Fall gewesen. Im Jahre 1898 hatten sich an der Reichstagswahl in Bayern 63 Prozent, an den Landtagswahlen noch nicht die Hälfte, nämlich 31 Prozent beteiligt. Auch der weitere Mangelstand, daß wir auf dem Lande überhaupt keine Wahlmänner aufstellen konnten, selbst nicht in Bezirken, wo wir bei den Reichstagswahlen Tausende von Stimmen erhielten, wurde jetzt beseitigt. Ferner sollte dem neuen Gesetz nicht mehr wie bisher die Volkszählung von 1875, sondern die

vom 1. Dezember 1900 zugrunde gelegt werden, so daß es für die Zukunft verhindert wurde, daß ein an der Peripherie der Großstädte wohnender Arbeiter vielfach nur den vierzigsten bis sechzigsten Teil des Wahlrechts eines ländlichen Wählers ausüben konnte. Ferner sollten die permanenten Wählerlisten, die Tausende von Arbeitern, den stakturenhaftesten Teil der Bevölkerung, entrechteten, abgeschafft und das Wahlgeheimnis mehr als bisher gesichert werden.

Diesen großen prinzipiellen Verbesserungen gegenüber stand freilich als Verschlechterung die Heraushebung des Wahlalters von einundzwanzig auf fünfundsiebzig Jahre und die Verlängerung der Karenzzeit für Steuerzahlung und Staatsangehörigkeit von einem halben auf ein Jahr. Auch wurde anderen prinzipiellen Verbesserungen, vor allem dem Wahlrecht der Frauen, nicht Rechnung getragen!

Zu erwähnen waren die Bugstände, die wir zu machen hatten, nicht annähernd die gleichen, die man jetzt in Württemberg und in Pommern, nachdem die erste Kammer gebrochen, von uns verlangt, und so war es geradezu Pflicht der Partei, für die Wahlreform einzutreten, die uns in Bayern endlich aus dem Jammer des indirekten Wahlrechts herausbringen sollte.

Einstimmig wurde die Resolution in der Abgeordnetenkammer angenommen, und dem Einbruch dieser Haltung verwehrt sich auch die reaktionäre Reichstagskammer nicht zu entschließen; auch sie gab der Resolution ihre Zustimmung. Nach den 14 Punkten der Resolution arbeitete nun die Regierung einen Gesetzentwurf aus und legte ihn der Kammer vor. Alle Welt glaubte, jetzt endlich sei man am Ziele angelangt, habe das direkte Wahlrecht schon in der Tasche.

Aber die Liberalen hatten sich inzwischen anders besonnen. Es waren nämlich 1903 die Reichstagswahlen gewesen, bei denen die Liberalen sehr schlecht abschnitten — sie brachten in der Hauptwahl aus eigener Kraft nicht einen einzigen Abgeordneten durch, ja sie blieben mit ca. 40 000 Stimmen hinter der Sozialdemokratie zurück. Sie mußten also erkennen, daß nur ein Wahlrecht, wie das bestehende, ihnen künstlich eine Majorität besorgen konnte, die ihrer wirklichen Stärke in keiner Weise entsprach. Mit allen Mitteln suchten sie nun die Wahlreform zum Scheitern zu bringen. Sie hatten im Anschluß seinerzeit selbst die relative Mehrheit beantragt, vorausgesetzt, daß der betreffende Kandidat ein Drittel der gesamten abgegebenen Stimmen erhielt. Jetzt erklärten sie öffentlich, sie würden gegen das Gesetz stimmen, falls nicht die relative durch die absolute Mehrheit ersetzt werde. Die sozialdemokratische Fraktion, die den Liberalen diesen Vorwand, das Ganze scheitern zu lassen, nehmen wollte, bemühte sich mit Erfolg, das Zentrum anzuknüpfen; man gab dem Verlangen der Liberalen nach der absoluten Majorität nach. Darauf äußerte der liberale Führer und Abgeordnete Dr. Ciesemann selbst zu einem Mitglied unserer Fraktion: „Sie haben heute der Wahlreform einen großen Dienst geleistet, ich werde nun rasch eintreten, daß ein Teil meiner politischen Freunde dem Gesetz zustimmt.“ Allein es zeigte sich bald, daß der Protest der Liberalen gegen die relative Majorität eitel Spiegelschere gewesen war. Denn nun suchten sie neue Hindernisse aufzuwerfen, um das Gesetz zu Fall zu bringen. Sie bearbeiteten das Zentrum, wenigstens für Nürnberg in eine solche Wahlkreis-einteilung einzuwilligen, die den Liberalen von den sechs projektirten Sitzen zwei garantierte. In dieser Richtung unterhandelte Ciesemann mit dem Zentrumsabgeordneten Berno. Diese Versuche scheiterten aber, und nun stimmten die Liberalen geschlossen mit dem Bauernbund, den reaktionärsten, antisemitisch gefärbten Elementen des Landes, gegen die Wahlreform.

Aus wie egoistischen Motiven die Liberalen handelten, erhebt aus einer sehr interessanten Rede, die der freisinnige Abgeordnete Sartorius im Landtag bezüglich der von den Liberalen vorgeschlagenen Wahlkreis-einteilung in Nürnberg hielt. In dieser Rede, einem wahren Meisterstück engherziger Fraktionepolitik, ließ er sich hören: „Ich habe mich immer in Nürnberg an jemand gewandt, mit dem ich in regelmäßiger Korrespondenz stehe . . . , ich kann hier vollständig offen sein. Ich habe an den betreffenden Herrn das Gesuch gerichtet, uns zwei Wahlkreis-einteilungen zu besorgen, eine für sechs Abgeordnete mit zwei sicheren Freisitz für unsere Leute — ich habe ja die Sache nicht im Interesse der Sozialdemokraten, sondern im Interesse meiner Freunde gemacht (!) — und eine Einteilung mit sieben Abgeordneten, wenn es möglich ist, drei sichere Wahlkreise für die Liberalen herauszuschneiden. Ja — ich bin ganz ehrlich, ich habe dazu geschrieben, wenn sie keine drei Wahlkreise herausbekommen bei sieben, so hat diese zweite Einteilung gar keinen Wert, weil wir ja dann bloß zwei abmühen, um den Sozialdemokraten weitere Sitze zu sichern. Daraufhin ist mir von Nürnberg die Antwort gekommen: unter keinen Umständen könnten sie mehr als zwei Liberale herausbekommen.“

Also nicht danach richten diese Volksfreunde ihre Forderungen ein, ob Nürnberg nach seiner Einwohnerzahl sieben Abgeordnete beanspruchen kann, nicht nach den elementarsten Forderungen der Gerechtigkeit, sondern allein danach, wieviel Mandate nach allen Umständen einer höchst ungerechten Wahlkreis-einteilung für sie zu ergattern wären! Als bei dieser „liberalen“ Erklärung vom 1. März das Wort „Kammerpolitik“ dazwischenwarf, erklärte Herr Sartorius: „Nun, das ist ein etwas hartes Wort; allein ich will sogar zugeben, daß, wenn man von der Form dieser Bezeichnung absteht, man ihr eine gewisse Wahrheit zu billigen kann.“

Die bayerische Regierung hatte während der Verhandlungen im Landtag festerlich erklärt, daß, falls das Gesetz nicht zur Annahme gelangen sollte, sie für die kommenden Wahlen auf dem Verordnungswege eine Aenderung der bestehenden Wahlkreis-einteilung vornehmen werde, welche sich an die Einteilung des Entwurfs soweit wie möglich anlehnen sollte. Ueber diese Wahlkreis-einteilung ist es im Schoße des Ministeriums zu ersten Konsisten gekommen, die beinahe mit einer Demission eines Teiles des Ministeriums geendet hätten. Mit ihrer neuen Einteilung hat die Regierung ihr Wort nur schlecht eingelöst. Denn trotzdem die Liberalen jetzt so tun, als ob sie ihren von Nürnberg wäre und allein dem Zentrum Vorteil brächte — daß sie uns in der Pfalz und in Franken geradezu totgeteilt hat, geben auch die Liberalen zu —, ist diese Einteilung ein Beweis für die starken liberalen Gesinnung, die sich bei ihrer Ausarbeitung hinter den Kulissen geltend gemacht haben.

So steht heute die Sach. Nach der geradezu jämmerlichen Rolle, welche die Liberalen, diese Partei der verkörperten Charakterlosigkeit, bei der Wahlreform gespielt haben, indem sie aus elendem Fraktionegoismus jahrelanges Mühen aufgeben werden mußten, um dieser schwächlichen Partei des Volkverrats den verdienten Vorteil zu geben. Wohin wir blicken, nach Bonn, nach Sachsen, nach Lübeck, nach Hamburg, überall sind es die Liberalen im holden Bunde mit der konservativen antisemitischen Reaktion, die bei einer Minderung der Rechte des Volkes elende Ministerarbeit leisten. Eine solche Partei mit allen Mitteln, die zu Gebote stehen, zu schädigen und wenn irgend möglich, ihres politischen Einflusses zu berauben, ist gebührendes Verdienst. Und da dies Ziel zurzeit unter dem indirekten System gar nicht anders erreicht werden kann, als durch ein Zusammengehen mit dem Zentrum zur Erreichung dieses einen Zweckes, so muß jeder, der nicht eine Pestilenz in den Wolken treiben will, stehen, daß unter diesen Umständen die Sozialdemokratie Selbstmord begehen würde, wollte sie aus prinzipiellen Gründen nicht mit dem Zentrum zusammengehen. Täte sie es nicht, so wäre die Folge die, daß keine Zweidrittelmajorität zustande käme, daß dann auf lange Zeit hinaus das direkte Wahlrecht begraben würde, daß wir uns noch von Wahl zu Wahl mit dem elenden indirekten System herumwälzen könnten, daß wir aus dem politischen Sumpfe, wie er zurzeit besteht, auf abschüssiger Bahn nicht heraus kämen. Das kann niemand im Ernst wollen, dem das Wohl, die Aufklärung, der Einfluß des Volkes etwas am Herzen liegt.

Daß aus diesem temporären Zusammengehen mit der schwarzen Partei nicht — wie Naumann kürzlich meinte — ein dauerndes schwarz-rotes Kartell hervorgehen kann — diese Sache besteht in keiner Weise. Dafür trennt uns gerade vom Zentrum eine wellenweise Abflut. Selbstwehr kann überhaupt erst, wenn wir im Besitz des direkten Wahlrechts sind, in all den Bezirken ein erfolgreicher Kampf gegen das Zentrum entbrennen, wo wie heute, bei der Abhängigkeit der Arbeiter, überhaupt keine Wahlmänner aufstellen können. . . .

Wie inzwischen bekannt geworden, ist durch die Wahlen die Wahlreform gescheitert — vorausgesetzt, daß das Zentrum nunmehr auch standhält. Hieron ist jedoch wohl unter den obwaltenden Umständen nicht zu zweifeln. — Gewählt sind bis jetzt: 12 Sozialdemokraten und zwar die Genossen Birk, Müller, Feß, Schmitt, v. Bollmar, Ehrhart, Segitz, Huber, Körner (Schwighausen) Keibel, Altmann, Kollwagen und Timm: 102 Zentrum, 20 Liberale, 17 Konervative, Bauernbündler 2 Sozialdemokraten und 1 Mittelständler. Uebrigens sind noch 2 Kreise mit 5 Abgeordneten. In Nürnberg sind unsere Genossen infolge großer Wahlschlagen unterlegen; die Aufhebung dieser Schwindelwahl ist jedoch nur eine Frage der Zeit, sobald es unseren Genossen ermöglicht wird, ihren Besitzstand noch um 4 Mandate zu erhöhen.

Volksrechtliche Verhandlungen.

Stumm's Geist

Stumm's Geist herrscht auch nach dessen Tod: in Saarabten lastig waltend. In neuester Zeit hat sich die Handelskammer in Saarbrücken, die von Stumm's

gr Hopellus geleitet wird, wieder einmal zur Trägerin dieses Bestes gemacht, indem sie sich gegen gewerbliche Zersplitterungen und für die Lehrlingszucht erklärt! Das klingt unglaublich, ist aber buchstäblich wahr. Die Kammer hat eine Anfrage des Regierungspräsidenten Wale-Trier, ob eine Beschränkung der Lehrlingszahl in Druckereien erwünscht sei, dazu benutzt, diesen ihren innersten Herzensüberzeugungen Ausdruck zu geben. Die Gelegenheit, den Buchdruckerlarf zu bekämpfen, hat sie dabei förmlich an den Haaren herbeigezogen. Der Regierungspräsident hatte nur gefragt, ob die Beschränkung der Zahl der Lehrlinge in Druckereien sich empfehle. Und darauf antwortet, laut der „Saarindustrie“, des amtlichen Organs der Kammer, diese wunderbare Korporation: „Die Saarbrücker Handelskammer verurteilt Tarifabkommen, wie dasjenige der Seher und Drucker mit den Druckereienternehmern, aus scharfe wegen ihrer gleichmächterischen Tendenzen, welche im Widerspruch zu der natürlichen Verschiedenheit menschlicher Leistungen stehen, steht in ihnen den Hauptgrund der bedeutenden Verkümmern der Druckerei im letzten halben Jahrzehnt und würde in einer Beschränkung der Lehrlingszahl in den Druckereien nur ein Mittel sehen, durch künstliche Steigerung der Arbeitslöhne außer jedem Verhältnis zur Arbeitsleistung die Druckkosten noch höher hinaufzuschrauben, während gleichzeitig eine Menge junger Leute, die sich gern in einem bestimmten Berufe ausbilden würden, ungelern bleiben müßten und so auf einer niedrigeren Stufe festgehalten würden. Eine Lehrlingsbeschränkung im Druckereigewerbe würde die Ausbildung des Druck- und Seherstandes zur Hälfte vollenden. — So sieht nationalliberale „praktische“ Sozialpolitik aus.“

Die Stichwahl im Reichstagswahlkreis Oberbarunin findet am morgigen Freitag statt.

Wie gelogen wird, das zeigt eine aus dem „Frankfurter“ kommende Meldung der „Frankf. Stg.“ aus Frankfurt den 17. Juli: „Bei der heutigen Landtagswahl wollte der sozialdemokratische Abgeordnete Segitz dem Führer der Bauernbündler, Scharrer, die sämtlichen drei Mandate des Wahlkreises übertragen, falls sich die Bauernbündler am Donnerstag bei der Reichstagswahl der Abstimmung enthalten würden. Scharrer hat das Anerbieten rundweg abgelehnt.“ — Unser Münchener Parteigänger erklärt hierzu: Diese Nachricht ist vom ersten bis zum letzten Buchstaben erlogen. Genosse Segitz hat Scharrer überhaupt nicht gesprochen. Uamölich können die Freisinnigen diese Nachricht von Scharrer haben, das haben die Schwinder selbst erdichtet, um Stimmung für Warber zu machen. Eine solche Gemeinheit richtet sich von selbst und wird bei jedem anständigen Menschen die gegenwärtige Wirkung erzielen, die beabsichtigt ist. Wer nur mit Klagen und Bestenbildungen im Wahlkampf zu Werke geht, muß der Wählerschaft jeden Kredit verlieren. Möge dem Freisinn am Wahltag die verbundene Antwort werden.

Da die Bürennachricht vorausichtlich durch die ganze bürgerliche Presse, auch die Lübecker, gehen wird — man kennt ja deren Talant! — so wollen wir nicht versäumen, darauf aufmerksam zu machen.

Die russische Nationalhymne ist nach Preußen geschickt und hat hier freudige Aufnahme gefunden, nachdem sie in Rußland selbst ausgepielt hat. Aus Danzig wird ein nicht uninteressantes russisch-preussisches Kulturbild von der Poppoter Sportwoche übermietet. Vor einigen Tagen protestierten im Poppoter Ruchause mehrere junge Polen, als die Kapelle die russische Nationalhymne spielte. Sie wurden dafür auf das Rathaus zitiert und dort wurde ihnen energisch zu Gemüte geführt, daß sie für diese Todsünde am heiligen Poppoter sehr leicht als lästige Unstörer ausgewiesen werden könnten. Mit dieser gnädigen Warnung begnügte sich der polizeiliche Kopisten aber nicht. Am 13. Juli machte sich im Parkgarten nach dem Blumentorso ein zahlreiches Polizeiaufgebot bemerkbar. Und urplötzlich begann die Kapelle ganz außerhalb des Programms mit besonderem Schreid „aus von maßgebender Seite geäußerten Wunsch“ als Einlage die — russische Nationalhymne zu spielen! — Die zahlreich anwesenden Russen und Polen waren jedoch vorsichtig genug diese lautenpatriotische Gegendemonstration ruhig über sich ergehen zu lassen. So küßt der berufliche Polizeipatriotismus immerfort Wäterchens bluttreisende Krone.

Ein Nachhall des Konstanzer Demonstration war eine am Sonnabend abgehaltene Protestversammlung gegen das reaktionäre Sprechverbot des badischen Ministeriums. Genosse Kolb referierte und rechnete scharf mit dem badischen Liberalismus ab, der — mit ganz wenigen Ausnahmen — den Maulkorbherlaß gutgeheißen habe. In der Diskussion meldete sich der Rechtsanwalt Benedey zum Wort und führte u. a. aus: „Er wollte die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, um auch namens einer großen Anzahl bürgerlicher Parteigänger gegen das Vorgehen der Regierung energisch Protest zu erheben. Die Demonstration sei in jeder Beziehung ruhig und friedlich gewesen. Obwohl viele Tausende von Arbeitern versammelt waren und die Hitze groß gewesen sei, habe er nicht einen einzigen Betrunkenen gesehen. Ob das auch der Fall gewesen wäre, wenn so viel Tausend Kriegervereiner beiseite gewesen wären, wisse er nicht. Man müsse sich angesichts solcher behördlichen Maßnahmen schämen, ein Deutscher zu sein. Mit den Ausführungen Kolbs sei er nicht in allem einverstanden. Er hoffe noch, daß der Liberalismus sich ermanne und seine Mission erfülle. Gegenwärtig allerdings befinde sich der Liberalismus in schwieriger Lage, die er selbst verschuldet habe. Vielleicht müsse es ihm auch noch schlechter gehen, damit er sich auf seine Pflicht besinne.“ — Nicht mit Unrecht wies Kolb in seinem Schlußwort darauf hin, daß Männer wie Benedey eben weißes haben unter den Liberalen sind, und an dem Gesamturteil, das über den Liberalismus gefällt werden muß, nichts ändern können.

Kleine politische Nachrichten. Die bayerischen Landtagswahlen sind in zwei Wahlkreisen resultatlos verlaufen, sie müssen dort wiederholt werden. Aus Neustadt (Saar) meldet die „Frankf. Stg.“: Im Wahlkreis Neustadt wurde die Wahl nach zwölf resultatlosen Wahlgängen auf vier Wochen vertagt, in Landstuhl ebenfalls nach zweitägiger resultatloser Wahl auf Donnerstag. — Der französische

sch Hauptmann Tamburini, der Urheber des Militärkomplots, der sich noch in der Untersuchungshaft befindet, wurde provisorisch in Freiheit gesetzt. Tamburini ist ebenso wie der Mitangeklagte Hauptmann Volter in die von der Regierung beschlossene Wegnabigung einbezogen worden. — Von der Untlage des Hochverrats freigesprochen wurde der Ire Clarke in Belfast, der in einer Broschüre seine Landsleute vor dem Eintritt in die englische Armee gewarnt hatte. Das Urteil wurde mit lebhaftem Beifall seitens der Iren angenommen.

Rußland.

Die Revolution. Der Bar traut offenbar selbst seiner Garde nicht mehr. Wie aus Rußland berichtet wird, ist das Pawlowische Garderegiment bereits seit dem Januar d. Js. nicht mehr zur Wache befohlen worden, weil man in der nächsten Umgebung des Zaren in die Loyalität des Offizierskorps dieses Regiments Zweifel setzt.

Sicherlich gehen in der Armee Dinge vor, die die Regierung ängstlich geheim zu halten sucht. Schon vor einigen Tagen wußten englische Blätter von der standrechtlichen Erschießung russischer Offiziere in Warschau und von darauf folgenden Kämpfen zwischen Vintennikow und Kosaken zu berichten. Wie nun auch der „Frankf. Stg.“ gemeldet wird, hat der Kommandant Warschau am 10. Juli 47 Offiziere, die zum größten Teil der Reserve angehörten, erschossen lassen. Das Kriegsgericht hatte sie zum Tode verurteilt, weil sie solidarisch die Erklärung abgegeben hatten, daß sie sich weigerten, sich nach dem Kriegszwangs zu begeben. Als die zur Exekution kommandierte Kompanie Infanterie feuern sollte, warf sie die Gewehre weg. Es wurden darauf Kosaken zur Exekution kommandiert, die sie auch vollstreckten. Auf dem Rückweg von der Gerichtsstätte wurde auf die Kosaken geschossen und eine große Anzahl von ihnen niedergestreckt. Ueber die Affäre wird strenges Geheimnis bewahrt.

Auch in der Marine gibt es wieder. Neuerdings verzögerte die Mannschaft mehrerer Kriegsschiffe in Kronstadt den Gehorsam. Die Schiffe sind in den Bereich der Kanonen des Forts gebracht, um so allen Eventualitäten vorzubeugen.

In der Flotte geht es weiter. Auf dem im Privatbesitz befindlichen russischen Torpedoboot 217 beschwerten sich die Matrosen beim Kommandanten wegen der schlechten Beschaffenheit ihrer Nahrung und bedrohten alle Offiziere am Leben. Diese stürzten nach Äthen. Der russische Gesandte suchte auf gutem Wege der Meuterei Herr zu werden und tatsächlich gelang es ihm nach langen Verhandlungen mit Hilfe der griechischen Marinebehörden, die meuternden Matrosen zum Gehorsam zurückzuführen, worauf auch die gestückelten Offiziere an Bord des Schiffes zurückkehrten.

Aus Petersburg wird der „Frankf. Stg.“ telegraphiert: Der bisherige Leiter der russischen politischen Polizei in Paris, Rogowski, wird zum Departementschef im Polizeiministerium ernannt. Seit 3 Wochen durchzieht Rogowski als Arbeiter oder Strolch verkleidet die Wohnviertel Petersburgs. Seiner Tätigkeit in diesem kurzen Zeitraum ist die Verhaftung von mehr als hundert Personen zu danken.

Die gerichtliche Untersuchung gegen Kullowitsky, der den Moskauer Stabskapitän Schwalow erschoss, ist nach einem offiziellen Telegramm beendet. R., der 1901 wegen Beteiligung an einer Geheimdruckerei auf 6 Jahre nach der Provinz Sibirien deportiert wurde, von dort aber entwichen ist, wird zur Aburteilung vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Die Moskauer Behörden haben dem von Kowalewsky angetretenen Kongreß der Arbeitervertreter und Industriellen verboten, die Verfassungsfrage zu berühren und ihn angewiesen, die Erörterungen auf das festgesetzte Programm zu beschränken. Da Kowalewsky gleichwohl die Verfassungsfrage besprach, wurde der Kongreß gestern aufgeschockt, die Arbeiter einzufüllen. Der Kongreß setzte nichtsbekommen gestern früh die Beratungen fort. Es nahmen 50 Personen daran teil, die 38 Körperchaften vertraten. Unter ihnen gaben sich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten kund. Die Vertreter aus dem mittleren Rußland erklärten sich abgeneigt, im Schlepptau der Semstwo zu marschieren, und verlangten die Aufstellung eines eigenen Programms. Inzwischen wurde doch der erste Punkt des von Kowalewsky erstatteten Berichts mit großer Mehrheit angenommen; er handelt von einer auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählten Volksvertretung mit zwei Kammern.

Am Dienstag wurde in Moskau der Semstwo Kongreß in der Wohnung des Fürsten Dolgorukoff eröffnet. Zur Erörterung gelangen der Entwurf Bulgins, die Stellennahme der öffentlich wirkenden Männer zu dem erwarteten Volksvertretungsgesetz und die Maßnahmen zur Verwirklichung der von den Vertretern der Semstwow und der Städte ausgearbeiteten Vorschläge. — Nach den letzten Meldungen sprach sich der Kongreß gegen den Verfassungsentwurf aus.

Das Polizeigericht in Helsingfors verurteilte Hohenthal, welcher am 6. Februar 1905 das Attentat auf den Staatsprokurator Johnson verübte, zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Auf den Gehilfen des Generalgouverneurs von Finnland, Geheimrat Dentrich, wurde ein Bombenattentat verübt. D. wurde leicht verletzt. Der Täter entkam.

Aus Warschau wird nach Petersburg gemeldet: In Dwinak wurden zwei jüdische, zum Tode verurteilte politische Revolutionäre in das Gefangenhäus eingeliefert. Die Gefangenen organisierten mit Revolbern eine Meuterei, wobei zwei Aufseher getötet und sechs schwer verletzt wurden.

Ein Stimmungsbild aus Charbin finden wir im „Drenburgsk. Westn“. Es heißt da: „Nachdem der Schrecken des Rückzuges der Armee überlebt ist, ist der Verzweiflungstrübel in der Stadt wieder aufgelebt. Neben den Wohlfeileranten, die es mit dem Fiskus zu tun haben, geht in Charbin alles auf Wente aus, alles blickt auf die Taschen des Nachsten, um irgend etwas für sich herauszuangeln und sich die eigenen Taschen zu füllen. In diesem Fieber der Gewinnsucht — bei fabelhaften Preisen und einem Wellappetit — bildet sich die Dunstatmosfera der Sitten-

verderbnis. Frauenzimmer, Zuhälter und Freudenhäuser — ganze Straßen voller Freudenhäuser. Am Abend verfallt Charbin in einen Taumel der Sinnenlust. . . Droschken, die man hier für den ganzen Tag belegt, rasen durch die Straßen mit lebenslustigen Pärchen. Birkvorkstellungen, Operetteheater, reges Restaurationsleben, separierte Kabinette. . . Der Wein fließt in Strömen und es regnet Geld, ungezähltes Geld. . .“

Frankreich.

Kolonialgrenel. Aus Tongking wird jetzt ein ähnlicher Skandal gemeldet wie vor einiger Zeit aus Französisch-Kongo, wo Toque und zwei seiner Kollegen sich der schändlichsten Grausamkeiten gegen Schwarze schuldig machten. Das Schicksal dieses Liegeot und war Administrator in Tsché-Kam. Liegeot hat sich selbst das Leben genommen, als gegen ihn auf Befehl des Präsidenten von Duang-Tschan Wan eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet wurde. Was über die Folterqualen verlautet, die er gegen Angeklagte anwandte, läßt vermuten, daß Liegeot ebenfalls an einer Art des Tropenollers litt. Wollte zum Beispiel ein Gelber nicht die Geständnisse ablegen, die man von ihm verlangte, so ließ Liegeot ihn gefesselt auf die Knie weifen und ein Bajonett so vor ihm aufpflanzen, daß es seine Gurgel berührte. Verharrte der Delinquent in seiner Weigerung, so erhielt er einen Schlag auf den Kopf, daß die Waffe einbrang, und dann noch einen mit einer Eisenstange, bis das Gehirn aus dem Schädel spritzte. Ferner machte es dem Administrator Spaß, heiße Wigelassen auf den nackten Körper eines Gefangenen zu drücken und die wunderlichen Bekannungen, die sich daraus ergaben, zu beobachten. Wie Zeugen ausfragte, ließ er Gefangenen Schnäpfe eingießen, um sie, wenn sie betrunken waren, zu Geständnissen zu zwingen. Gelang ihm dies nicht, so wurden sie mit einem ledernen Bopf, an dem Stacheln angebracht waren, geschlagen und das wunde Fleisch mit Salmiakgeist und grobem Salz eingerieben. — Uad solche Bestien in Menschengestalt sollen berufen sein, christliche Kultur und Humanität unter den Eingeborenen zu verbreiten.

China und Japan.

Wieder kommt eine überraschende Meldung vom asiatischen Kriegsschauplatz; der Londoner „Daily Telegraph“ berichtet aus Tokio: „Laut Nachrichten der japanischen Botschaft aus Shanghai ist eine japanische Armee von 100 000 Mann in Wladiwostok gelandet, und es liegt kein Grund vor, diese Tatsache länger geheim zu halten. Die Russen, die sich darauf vorbereiteten, den Hauptstützpunkt an der Küste des Tumen zu leisten, sind jetzt vollständig überfordert und können den Vormarsch nicht aufhalten. Die vollkommene Einschließung von Wladiwostok wird bald vollzogen sein.“ — Diese Umwälzung kommt ebenso überraschend wie die auf Sachalin. Beide wurden in aller Stille vorbereitet und ausgeführt. Erst nach der glücklichen Vollendung des Unternehmens ließ die japanische Regierung die Veröffentlichung von Nachrichten darüber zu. An welcher Stelle diese Landung vor sich ging, ist noch nicht gemeldet worden. Sie ist die zweite auf russischem Boden, und sie hat zwei Ziele: die Einschließung von Wladiwostok von der Landseite her und den Vormarsch nach Wladiwostok, um dem gegen Virewitsch operierenden rechten japanischen Flügel die Hand zu reichen und ihn zu verlängern und so nach Umgehung ihrer linken Flanke den Rücken der russischen Aufstellung zu bedrohen. Daß dies gelingen wird, darf man annehmen, denn die Russen werden am Tumen, dem wassersich von Wladiwostok mündenden Grenzflusse zwischen der Mandchurie und Korea, infolge der Ueberraschung kaum einen ernstlichen Widerstand leisten. Eine antike Bestätigung der Shanghai Meldung liegt zwar noch nicht vor, doch wird sie nicht ausbleiben.

Im Zusammenhang mit dieser Meldung steht die nachstehende Meutereibeichte aus Tokio: „Amiral Kamimura mitbrachte unter dem 18. Juli: Eine japanische Torpedobootflotte hat wiederholt die russischen Patrouillen und Posten an der Nordküste Koreas beschossen. Russische Artillerie beschuß die Flotte bei Jukman, wurde aber von den Torpedobootzerstörern zum Schweigen gebracht und vertrieben.“ — Offenbar haben diese Demonstrationen den Zweck verfolgt, die Fahrt der japanischen Transportschiffe zu decken und zu verschleiern.

Weiter meldet das Meutereibureau aus Tokio: „Ein von Port Arthur hier eingetroffener Offizier berichtet, daß die Beschädigungen der gesunkenen russischen Schiffe geringeren Umfangs sind, als man angenommen hatte. Man habe gewußt, daß die Russen im Innern der Schiffe Sprengstoffe zur Explosion brachten, und habe daher schwere Beschädigungen erwartet, doch seien die wichtigsten Teile der Schiffe auffälligerweise unberührt geblieben worden. Am schwersten beschädigt sei der „Bajan“, der in den Hafen geschleppt wurde. Der „Pereswet“ sei imstande, mit seinen eigenen Maschinen zu fahren. Beide Schiffe würden demnächst zur vollen Reparatur nach Japan gebracht. Man hoffe sogar, die sehr schwer beschädigte „Bajaba“ Mitte August und vorher noch „Retwisa“ und „Bobje“ flottzumachen.“

Südbel und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 20. Juli 1905.

Achtung Maurer, Zimmerer und Banarbeiter! Der Zug von Bauarbeitern aller Branchen nach Südbel ist streng fernzuhalten!

Das russische Proletariat kämpft gegenwärtig einen Befreiungskampf gegen seine Unterdrücker, der die Bewunderung und Zustimmung der ganzen zivilisierten Welt verdient und findet. Ungeheure Opfer an Blut und Gut sind von unseren russischen Brüdern für ihre erhabene Sache bereits gebracht worden und werden auch in Zukunft noch nötig sein, bevor das Ziel, Befreiung von

der herrschenden Tyrannei und Barbarei, erreicht wird. In der Erkenntnis, daß das ganze Proletariat ein lebhaftes Interesse an dem Siege der tapferen russischen Freiheitskämpfer hat, fordert der Parteivorstand die Genossen auf, den Kampf unserer russischen Brüder durch Geldmittel zu unterstützen. Der Sozialdemokratische Verein in Lübeck bewilligte für die kämpfenden russischen Proletarier die Summe von 200 Mark. Hauptsächlich beteiligten sich die Lübecker Parteigenossen recht kräftig an der Sammlung von Geldern für den russischen Freiheitskampf. Beiträge nimmt entgegen die Expedition des „Lübecker Volksboten“, Johannisstraße 50.

Parteigenossen in Mecklenburg und Lübeck.

Der diesjährige Parteitag für beide Mecklenburg und Lübeck findet am 3. und 4. September in Lübeck („Vereinshaus“, Johannisstraße 50) statt. Die Tagesordnung ist:

1. Bericht des Landesvertrauensmannes.
 2. Massenbericht.
 3. Situationsbericht.
 4. Das neue Organisationsstatut.
- Referent: F. Starosson = Moskau.
5. Mecklenburgisches Finanzwesen.
- Referent: Dr. Herzfeld = Berlin.
6. Beratung der gestellten Anträge.

Die Parteigenossen werden aufgefordert, die nötigen Vorarbeiten zum Parteitag recht bald vorzunehmen, vor allem aber dafür zu sorgen, daß jeder Ort, wo sich eine Anzahl Parteigenossen befindet, durch einen Delegierten auf dem Parteitage vertreten ist.

Einwaze für den Parteitag zu stellende Anträge, sowie auch die Namen und Adressen der Delegierten wolle man bis spätestens Montag, den 21. August, an untenstehende Adresse senden, wozu auch alle Anfragen über den Parteitag zu richten sind.

W. H. Kröger, Moskau, Doberanerstr. 6.

Der **Wingerausschuß** bewilligte in seiner gestrigen Sitzung auf Antrag des Senats für den Neubau einer massiven Brücke im Zuge des Weges Nordesdager-Nienborf 3500 Mk., wogegen der Kreis Herzogtum Lauenburg die Instandhaltung der Brücke übernimmt; den Verkauf von verschiedenen Landparzellen aus dem Gut Welleran an die Gemeinde Welleran, sowie den Landmann H. G. F. Martens, den Halbhufer H. M. Chr. Wolf und den Hofbesitzer G. A. Thomas, sämtlich in Welleran; für Errichtung einer Wäschereianlage mit Dampftrieb für das Warmbadehaus zu Travemünde 5950 Mk.; für die Anschaffung eines Kochherdes in der Forsthalle 825 Mk.; für bauliche Ausbesserungen auf dem Hof Genußstraße 300 Mk.; für die Schaffung eines 17. Klassenraumes in der St. Lorenz-Mittelschule und zur Beschaffung von Vänten für die Aula dieser Schule 2050 Mk.; für die Einrichtung einer Lehranstalt (Hörsaal nebst Laboratorium) im hies. Hauptzollamt zur Unterweisung der Zollbeamten in den Bestimmungen des neuen Zolltarifs, sowie für die Vergrößerung der Büroräume im Hauptzollamt 6000 Mk. und endlich für die Erbauung eines Schuppens auf dem Wurfelde zur Unterbringung von Spielgeräten, Ablegung von Kleidungsstücken usw. 1900 Mk. Ferner lehnte der Bürgerausschuß nach dem Vorschlage seiner Kommission die Mitgenehmigung des Senatsantrages betr. die Hochdruck-Wasserversorgungsanlage in Travemünde ab und empfahl folgendes Ersuchen an den Senat zu richten:

1. daß die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefakten ermächtigt werde, eine Hochdruck-Wasserversorgungsanlage in Verbindung mit dem Elektrizitätswerk auf dem Gelände der Gasstation in Travemünde nach dem Bericht und Kostenanschlag des Direktors Hase vom 30. Dezember 1904 mit einem Kostenaufwand von 98 000 Mk. aus Anleihemitteln, Rechnungsablage vorbehalten, zu errichten;
2. daß die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefakten ermächtigt werde, behufs Erwerbes der bestehenden Travemünder Niederdruck-Wasserversorgungsanlage der Gemeinde Travemünde alljährlich bis zum 1. Oktober 1936 die Summe von 2400 Mk. auszuleihen;
3. daß die Verwaltungsbehörde behufs Erwerbes des nach dem Plane des Direktors Hase für den Bau des Wasserwerks in Aussicht genommenen Grundstücks neben der Gasstation an der Gneversdorfer Gasse ein gegen dieses Grundstück auszutauschendes gleich großes Areal an westlichen Ende der verlängerten Straße „Rose“ zur Verfügung gestellt werde;
4. daß die Erbauung eines für die neue Anlage erforderlichen Magazin- und Beamtenwohnhauses an der Bahnhofstraße in Travemünde genehmigt werde.

Betreffs der Höhenregulierung der Fischergrube beschloß der Bürgerausschuß, den Senatsantrag mit folgender Abänderung der Bürgererschaft zur Mitgenehmigung zu empfehlen, 1. daß die Baudeputation zur Ausführung der in dem Berichte des Baudirektors Balger vom 9. Mai d. J. vorgeschlagenen Höhenregulierung der oberen Fischergrube vom Grundstück Nr. 25 bis einschließlich Nr. 12 unter Verteilung der auf 500 Mk. veranschlagten Kosten aus den Mitteln der Gassenpflasterungsstelle ermächtigt werde; 2. der Bürgerausschuß wolle den Senat ersuchen, daß unter Abänderung des betreffenden Nat- und Bürgerausschlusses vom 6. März d. J. die Neupflasterung der Fischergrube für die Strecke von der Breitenstraße bis einschließlich zum Grundstück Nr. 3 bis auf weiteres ausgesetzt werde.

Entschädigung für unschuldig erittene Untersuchungshaft. Der Senat ließ dem Bürgerausschuß in seiner gestrigen Sitzung mitteilen, daß er dem Arbeiter J. G. F. Martens wegen unschuldig erittener Untersuchungshaft eine Entschädigung von 57 Mk. zugewilligt habe.

Vorsicht bei Speisereisen. Zur warmen Jahreszeit sollten die Hausfrauen folgendes beherzigen: Durch Zerlegung der Nahrungsmittel bilden sich, besonders schnell im Sommer, Gifte, die nicht nur schwere Erkrankungen, sondern auch den Tod verursachen können. Deshalb sollten Fischreste, die vom Mittag übrig geblieben sind, noch am Abend desselben Tages verzehrt werden. Starke Neigung zu raschem Verderben zeigen auch die Büchsen-Konserven, weshalb der Inhalt einer geöffneten Büchse nicht bis zum nächsten Tage aufbewahrt werden darf. Alle übrigen Speisereise, wie solche von Fleisch, gleichviel ob gekocht oder gebraten, ferner Mehlspeisen usw. müssen staubfrei aufbewahrt und sobald wie möglich verzehrt werden, da sie sonst mindestens zu Verdauungsstörungen führen, die in der heißen Jahreszeit leicht bedenkliche Folgen haben können. Speisen oder Speisereise, die verdächtig aussehen oder schon übel riechen, sind sofort zu vernichten. Wer, wie das vielfach vorkommt, solche verdorbenen Nahrungsmittel armen Leuten oder reisenden Handwerklichen und Bettlern überläßt, riskiert seine Bestrafung, wenn diese Personen einmal durch den Genuß solcher Speisen erkranken. Darauf hingewiesen sei auch, daß Hausfrauen, welche sich in der jetzigen Jahreszeit einen Eisschrank und das nötige Eis nicht leisten können, auch einen kühlen, luftigen Keller nicht haben und deshalb in Verlegenheit mit Aufbewahrung von Fleisch, Butter usw. kommen, sich unschwer helfen können. Man säubere die Einfrierungen der nicht benutzten Dosen, lege ein reines Papier hinein

und darauf die Schwären. Sie werden sich dort frisch erhalten und nicht verderben, da ein steter Luftzug vorhanden ist. Man halte nur die Hand in ein solches Ofenloch und man wird sich davon überzeugen.

Stadttheater. Morgen, Freitag, wird die beliebte Operette „Unsere Don Juans“ wiederholt. Die Operette „Die Fledermaus“ gelangt am Sonntag zur Aufführung.

Bauzug ist ferngehalten von Klemmern, Zimmerern und Maurern nach Kiel, Werftarbetern nach Flensburg, Maurern und Zimmerern nach Heide, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern nach Saderleben, Maurern nach Neumünster, Bauhilfsarbeitern nach Hamburg, Altona und Wandsbek, Metallarbeitern nach der Mühlenbauanstalt Schule, Hammerdeich und den Werkstätten Falkentrieb, der Straßenbahngesellschaft in Hamburg, sowie der Katastralfabrik Fr. Reichardt in Wandsbek.

Die **Wasserwärme des Krähentisches** betrug gestern nachmittag 20 Grad.

Schweinefleische. Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß unter dem auf dem Grundstück Friedenstr. 43 befindlichen Schweinebestand des Viehhändlers Chr. Scheel die Mollausfische (Wachstblattler) ausgebrochen ist. Der Schweinebestand des Genannten ist unter Sperre gestellt.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein jugendlicher Seemann aus Schölen, der einem in einem hiesigen Gasthause logierenden Stellner einen Silberbeutel und diverse Kleidungs- und Wäschestücke, sowie ein Notizbuch mit silbernem Einband und eine Zigarettenpackung stahl.

pb. Einbruchdiebstahl. In der Nacht zum 20. d. M. wurde im Kontor einer Holzhandlung am Kanalhafen ein Einbruchdiebstahl verübt. Sämtliche Pakete wurden erbrochen und aus denselben Zigarren und etwa 100 Postkarten a 5 Pf. gestohlen.

r. Schwartau. Juden raus! Folgendes Eingekommen berichtet ein Gläubiger in Nr. 85 der „Schwartauer Anzeiger“, das wir der Verächtlichkeit halber ganz zum Abdruck bringen:

„Ueberraschend war uns in der letzten Nummer dieses Blattes die Notiz, daß das Kinderfest des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs nicht, wie angekündigt, im Hotel Kronprinz, sondern in der Miesebuschhalle stattfinden sollte. Wir haben uns nun angelegen zu lassen, den Ursachen dieser Abweichung von dem so reichhaltigen Programm des genannten Vereins nachzuforschen und dabei ermittelt, daß diese Abweichung vom Verein damit motiviert worden, daß am Kinderfest auch Juden mitzubringen würden. Herr Binardt, der aber schwerlich gerne sehen würde, Herr Binardt hat nämlich in dem anerkanntwertigen Streben, sein Lokal judenrein zu halten, einigen kurgästen mosaischen Glaubens erklärt, er führe kein kostbares Bier und sie trotz des Aufgebührens ungetränkt von dannen gehen lassen. Man würde denn allerdings durch das Kinderfest das Biquardt'sche Lokal, von dem er so sorgfältig Juden fern zu halten sucht, gar arg verunreinigt werden. Denn das feste Anwachsen der Zahl jüdischer Kurgäste zeigt die Wahrheit des bekannten Wortes: „Wo Tauben sind, fliegen Tauben zu.“ Wir halten nun das ausserwählte Volk Gottes — keineswegs für Tauben — sondern für Gäste, die hier in Schwartau schon in viel zu viel Exemplaren vertreten und uns auf Schritt und Tritt in öffentlichen Gärten und Lokalen, auf den Straßen und auf stillen Waldwegen in den Weg treten. Da muß doch, ehe es zu spät ist und die Ueberzahl erdrückend wird, Wandel geschaffen werden. Das Seebad Borkum sei unser Vorbild — machen wir Schwartau judenrein und erheben es dadurch zu einer wirklich fashionablen Sommerstätte. Den ersten Schritt hat Herr Binardt getan und deshalb gebührt ihm für sein unerschrockenes Vorgehen unser aufrichtige Dank.“

Schwartau, Miesebusch. Es fehlt nur noch der Dreischraff, dann ist Schwartau wirklich auf der Höhe. Offenbar fehlt dem Einsender, welcher nicht einmal den Mut hat, seinen Namen unter sein Geschrei zu setzen, jedes soziale Verständnis. Sonst würde er es leicht begreifen, daß er der Gemeinde einen recht schlechten Dienst geleistet hat. Uebrigens wird es auch hohe Zeit, daß sich die Arbeiter Herrn Biquard mal etwas näher ansehen, denn es ist schon passiert und kann auch leicht in Zukunft geschehen, daß er für Arbeiter kein Bier hat. Sonst heißt es doch bei uns Christen: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ Trotz alledem wundert man sich immer wieder über das Wachsen der sozialdemokratischen Stimmen. Bei uns ist bekanntlich Religion Privatangelegenheit.

Neustadt. Eine Konferenz des 9. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreises findet Sonntag, den 23. Juli, in Neustadt im „Kolosseum“, Hofengarten, statt. Eröffnung der Konferenz nachmittags 2 Uhr präzis. Die Delegierten werden gebeten, spätestens um 10 Uhr vormittags in Neustadt einzutreffen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Sensationelle Verhaftung. Verhaftet wurde in Rendsburg eine Hauswirtschafterin, die dringend verdächtig, das vor 15 Monaten verstorbene achtjährige Kind ihres Herrn gewaltfam getötet zu haben. Der Vater des Kindes beschuldigte sie dessen im Verlauf eines Streites zwischen beiden. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet. — Die Polizei in Breez verhaftete die drei Straßenzücker, die kürzlich den Kieler Marineoberleutnant Arnoldi überfielen, verarmdeten und ausraubten. Die Verhaftung erfolgte nach einem räuberischen Ueberfall auf einen 60jährigen Mann. — Bei einem Neubau eines Hauses in Sülze i. M. stürzte der Zimmermann vom Gerüst und war sofort tot. — Der Schooner „Jaka“ von Begefac nach Schottland unterwegs, strandete nachts bei Juist. Das Schiff ist verloren. Fünf Mann der Besatzung wurden gerettet.

Neumünster. Die Bauunternehmer haben eine schwarze Liste der ausgeperrten Maurer veröffentlicht, auf der sich 179 Namen befinden, von denen jedoch nur noch 93 am Orte sind, während die übrigen schon abreisten. Die Aussperrung dauert fort.

Zondern. Die Brauereiarbeiter der Zondernschen Aktienbrauerei reichten eine sehr minimale Forderung ein. Der Unterzeichner wurde sofort gemahnt. Die Kollegen erklärten sich solidarisch und verlangten dessen Wiedereinstellung. Diese wurde nicht nur verweigert, sondern von den Arbeitern verlangt, ihre Organisation aufzugeben. Darauf antworteten diese mit Niederlegung der Arbeit. Bauzug von Brauereiarbeitern nach Zondern ist ferngehalten.

Saderleben. Der Streik der Bauhandwerker, circa 200 an der Zahl, ist noch immer nicht beigelegt. Die Arbeiter verlangen vom 1. Mai 1906 an eine Erhöhung auf 40 Pf. Da die Arbeitgeber diese Forderungen ablehnten, ist das Ende dieses Streiks nicht abzusehen. Weiter sind die Plätterinnen und Wäscherinnen der Dampfwaschanstalt A. G. in den Ausstand wegen Lohnhöhen getreten. Lohnhöhen von 30 auf 35

Wennig verlangten die Arbeiter der Bauleistenden Holzhandlung. Der Inhaber entließ alle seine Arbeiter. Auch die Arbeiter des Sägewerks Hansberg A. G. wollen Lohnhöhen verlangen.

Moskau. Der Segen der Herrschaft hyperreaktionärer Junker im Staate Mecklenburg ergibt sich recht drallisch aus einer Statistik, die sich eingehend mit dem Entwicklungs- bzw. Rückbildungsweg der mecklenburgischen Meederei seit dem Jahre 1865 befaßt. In der Statistik heißt es beispielsweise: „Von den alten Formen der Stauffahrt (Küstenfahrt) haben sich hier und da im deutschen Ostseegebiet nur noch einige Ueberreste erhalten. Einen unabweisbaren Beleg hierfür bildet die Entwicklung der mecklenburgischen Meederei, einst eine der ausgebehntesten und wichtigsten auf der ganzen deutschen Küstenlinie.“ — Im Laufe des Jahres 1885 hatte sich die mecklenburgische Stauffahrtflotte von 419 auf 426 Schiffe vermehrt, darunter befanden sich sechs Dampfer. Heute besteht die mecklenburgische Seglerflotte aus nur 17 Schiffen. Also im Zeitraum von 40 Jahren ein Rückgang von 400 Segelfahrzeugen. Die blühende Moskauer Meederei von Rodelmann, die 1865 über 28 Schiffe verfügte, ist gänzlich gesunken. Der „Frank. Bg.“ wird dazu aus dem Oberrheinlande geschrieben: „Der unzureichende Erfolg, den die mecklenburgischen Meederei für die nahezu eingegangene Seglerflotte erhalten hat, besteht in einer geringen Anzahl moderner Schraubendampfer, die sich von Jahr zu Jahr vermindert. Uebrigens die allgemeine Verdrängung der Segelschiffe durch die Dampfer erklärt hier nicht die ungeheure Einbuße der Meederei. Biegt man das Gesamtresultat aus der Entwicklung der mecklenburgischen Meederei seit dem Jahre 1865, so gelangt man zu dem betrübenden Resultat, daß die mecklenburgische Handelsflotte ihre bedeutende Stellung endgültig eingebüßt hat. Die Bemühungen einzelner Meedereien, diese Stellung wieder zu erlangen, sind im Hinblick auf das stetige Wachsen des Seehandels der Stadt Stettin schon jetzt als vergeblich zu bezeichnen. Mag das zum großen Teil auch mit dem Wechsel der Verkehrsverbindungen zusammenhängen, so ist auch wieder das Ueberwiegen des Marineriums zu erkennen, dem die Vernachlässigung der Ausgestaltung und Verbesserung des Verkehrsnetzes im Lande zum Schaden von Handel und Verkehr zuzuschreiben ist.“

Stavenhagen. Ein gefährlicher Einbrecher. In der Nacht zum Dienstag erwarb die Frau des Vorsitzers in der nahegelegenen Dörschlag Wapohl, r. A. Juenack, durch ein Geräusch im Schlafzimmer. Sie sah, wie jemand sich an ihrer Kommode, in der sie das bare Verfügen ihrer Familie aufbewahren pflegte, zu schaffen machte. Die Frau sprang, gleichzeitig ihrem im Zimmer schlafenden Mann rufend, in beherzter Weise auf, um die Tür zu verriegeln, um so mit Hilfe ihres Mannes den Einbrecher zu ergreifen. Kaum hatte jedoch die Frau die Tür erfaßt, als der Unbekannte mit einem Messer auf sie eindrang und ihr damit einen tiefen Stich in die Brust, nahe der Schulter, beibrachte, infolge dessen sie zurücktaumelte und der Täter aus der Tür ins Freie entkommen konnte. Eine Verfolgung seitens des Chemannes war ausgeschlossen, da er sich um die Frau bemühte und noch in der Nacht einen Arzt von hier zur Hilfeleistung herbeiholen lassen mußte. Ueber die Person des Missetäters fehlt bisher leider jeglicher Anhalt.

Oldenburg. Keine Revision im Prozeß Meyer. Die oldenburgische Justiz will sich durch das Urteil im Prozeß Meyer für befriedigt erklären. Herr Ruchtrat, der Justizminister denkt, wie aus Oldenburg gemeldet wird, ganz und gar nicht daran, seine Demission zu geben und die Staatsanwaltschaft will sich ebenfalls bei dem Bieleburger Urteil bescheiden und auf die Einlegung der Revision verzichten. Die Staatsanwaltschaft tut damit das Klügste, was sie tun kann. Ueber die Folgerungen, die hier Ruchtrat aus dem Urteil ziehen oder vielmehr nicht ziehen will, braucht sein Wort gesagt zu werden. — Der Großherzog verleierte dem Minister Ruchtrat seines unveränderten Vertrauens. So wird jetzt amtlich gemeldet. Oldenburg behält also seinen Justizminister, trotzdem derselbe sogar auch nach Ansicht der bürgerlichen Presse als Justiz- und Justizminister unmöglich ist.

Bant. Der Konflikt im Baugewerbe zu Wilhelmshafen Bant hat auf Grund von Vergleichsverhandlungen folgende Wendung genommen: Die Arbeiter bei Baumholz und Koffel nehmen die Arbeit wieder auf und zwar zum Stundenlohn von 45 Pf. (statt bisher 40). Eine gemeinsame Kommission hat bis Donnerstag zu entscheiden, ob die Betonarbeit als Bauarbeit zu betrachten ist. Im Bejahungsfall werden die Arbeiter mit 50 Pf. bezahlt, und die Lohnhöhen für die Zeit von heute ab wird nachgezahlt. Die Aussperrung wird aufgehoben. Die Arbeiterorganisation hat dem Beschluß zugestimmt, und am 17. Juli ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Letzte Nachrichten.

Stettin. 6 Kinder getötet. In Christensfelde geriet eine scheu gewordene Kinderheerde in eine Gruppe Schulkinder. Sechs Kinder wurden tot getreten, viele schwer verletzt.

Deffau. Lustmord. Die seit dem 25. Juni vermisste 24jährige Ella Simon aus Reichenbach ist im benachbarten Walde tot aufgefunden worden. Die Leiche war völlig entleidet; es liegt ein Lustmord vor.

Paris. Ein furchtbares Unglück ereignete sich auf der Voire in der Nähe von Nantes. 8 Personen, darunter 3 Ehepaare, unternahmen vom Seebade Saint Servain aus auf der Voire an Bord der Segeljacht „Don Diego“ einen Jagdausflug. Als sich ein Sturm erhob, kenterte das Boot. Alle Ausflügler sowie der Schiffseigentümer und dessen 10jähriger Sohn ertranken. Bisher wurden 5 Leichen an Land gebracht. Die Leichen weisen erhebliche Verletzungen auf, die vermutlich durch eine Explosion der Jagdmunition verursacht wurden.

Säbeker Marktpreise vom 19. Juli.

Bauern-Butter 1,20 Mk., Meierei-Butter 1,30 Mk., Gansen Eid. — Mk., Enten Eid. 3.— Mk., Hühner Eid. 1,60 Mk., Kühen Eid. 1,20 Mk., Lauben Eid. 0,55 Mk., Gänse Eid. — Pf., Fildgans — Mk., Schweinefleisch 0,45 Mk., Schinken 1.— Mk., Würst 1,20 Mk., Eier 9 Stk. 60 Pf., Karfen Eid. — Pf., Ger. Lachs 1.— 2,40 Mk., Karaußen Eid. 80 Pf., Ger. Lachs 60 Pf., Barch Eid. 60 Pf., Kal Eid. 0,90 Mk., Messel beste Cravensteiner 100 Pf. — Mk., Kamm 100 Pf. — Mk., andere Sorten 100 Pf. — Mk., Wlamm 100 Pf. — Mk., Hamb. Blumentohl, Kopf 30 Pf., Hamb. Stücken. 20 Pf., Kohl 100 Pf. 15.— Mk., Gurken 0,20 Mk., Zwiebeln 100 Pf. — Mk., Kartoffeln, beste franz. 200 Pf. 10.— Mk., per 10 Biter 60 Pf., wagnum bonum 200 Pf. —, — Mk., Kartoffeln 10 Biter — Pf.

Gewerkschafts-Fest

im Restaurant „Tiergarten“

am Sonntag den 6. August 1905.

Sammelplatz des Festzuges: Falkenplatz. Pünktlich 2 Uhr: Abmarsch der Gewerkschaften und Vereine mit Fahnen und Bannern unter Begleitung von 7 Musikkapellen.

Der Zug geht die Falkenstrasse aufwärts, durch die Roeckstrasse u. Arnimstrasse zum Tiergarten.

Nach Ankunft im Tiergarten: Festrede.

Grosses Doppel-Konzert der vereinigten Musik-Kapellen.

Rückmarsch: Abends 9 Uhr unter Musikbegleitung bis zur oberen Roeckstrasse; dort Auflösung des Zuges.

Eintrittskarten à 30 Pfg. (wofür eine Laterne und 2 Lichte verabfolgt werden)

sind zu haben bei: F. Leeke, Lederstrasse, Wittfoot, Hüsstrasse, Grünwaldt, Böttcherstrasse, Wilh. Körner, Kupferschmiedestrasse, im „Tiergarten“, im „Vereinshaus“ und in der Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Das Fest-Komitee.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

H. T. V.

Freitagabend 8 1/2 Uhr: Vorstandssitzung.

Heute morgen 10 1/4 Uhr starb nach kurzer schwerer Krankheit unser lieber Vater

Heinrich Oelmann

im 62. Lebensjahre Tiefbetrübt von seinen Kindern

Berdigung Sonnabend den 22 d. M., mittags 11 1/2 Uhr, von der Kapelle des Allgemeinen Kirchhofs aus.

Eine Zweizimmerwohnung mit allem Zubehör, Preis 190 Mk.

Dreizimmerwohnungen mit allem Zubehör, Preis 220 und 280 Mk. Näheres Filand, Bülowstrasse 12, I

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kohnh. Markt 4 10.

sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Leberhosen	1,80—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlofferhosen	1,88—5,25
Leberziehhosen	0,88—2,35
Bwira-Hosen	1,38—3,25

feinere Jacken, schräge und gerade, 1,23
Kragen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken,
Kaler-Mäntel erstaunlich billig.
Rüben von 30 Pfg bis 1,88 Mk.

E. Boy,

Fischhandlung, Mauer 84, Teleph 115. Freitag morgen Markthalle St. 46: Prima Fischcarbonade Pf 30 Pf, von Geschmack ebenso schön wie Fleisch.

Hausfrauen
prüfen und fordert Seife
von den Petroleumwagen
der Firma **F. Weber.**

Empfehlungs-Karten

liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Fortzugs halber eine Wohnung

an vermieten Adlerstrasse 39 a

Süßter Bruchkäse

schmackhaft, weich und fett, 4 Pfund 10, 15, 20 u. 30 Pfg, bei ganzen Broden billiger
Johs. Brode, Danforthstraße 17.

Diesjenigen, welche am Sonntagabend die Puppe von S. Woll, Meiserstraße 11, aus mitgenommen haben, werden ersucht, dieselbe wieder abzugeben Adlerstraße 46 a, 1. Et.

Konsum-Verein für Lübeck und Umgegend.

E. G. m. b. H.

Eröffnung unserer Verkaufsstelle am Sonnabend den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, Fleischhauerstrasse 30.

Verkauf nur an Mitglieder.
Entgegennahme von Beitrittserklärungen jederzeit daselbst.
Wir empfehlen unser Unternehmen dem Wohlwollen der gesamten Bevölkerung.
Der Vorstand.

Grosse Wohltätigkeits-Lotterie.

Ziehung unwiderruflich 27. Juli 1905.

Hauptgewinn: 20 000 Mark bar.

Loose à 1 Mk., 11 Loose für 10 Mk., empfiehlt in großer Nummern-Auswahl

Hermann Kersten, Lotteriegeschäft, Königstraße 48 b. Fernspr. 1009.

213. Kgl. Preuss. Klassenlotterie.

Die Erneuerungs-Lose zur zweiten Klasse sind, gegen Rückgabe der Lose zur ersten Klasse, in Empfang zu nehmen.

Weitere Lose zur zweiten Klasse zu planmäßigen Preisen erhältlich.

Carl Bischof, Königl. Lotterie-Einnehmer, Fischstraße 34.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck.

Gegründet 1894.

Sommer-Fest

verbunden mit Tombola, Korfahrt, Reigenfahren, Preis-schießen, Preissegeln u. Damenvergüßen

am Sonntag den 30. Juli 1905

in sämtlichen Räumen des „Konzerthaus Lübeck“, Finkenb. Al. 40-42.

Hierzu ladet ein

Das Komitee.

Dachpappe, Teer, Karbolineum, Holzteer

empfiehlt

Carl Buchholtz
Rackenburg Allee 10 b.

Bratenschmalz

bester Güte
empfiehlt

Heinr. Viereck, Hühnstraße 96.

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 21. Juli

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1905.
2. Abrechnung vom Sommerfest.
3. Vortrag.

Um zahlreiches Erscheinen eruchtet

Der Vorstand.

Zentral-Draufenkasse der Maler.

Versammlung

am Freitag den 21. d. Mts.

abends 8 1/2 Uhr

bei F. Leeke, Lederstrasse 3.

Tages-Ordnung: Delegiertenwahl.

Der Vorstand.

Stadt-Halle.

Freitag: Abonnements-Vorstellung 67.
Auf vieles Verlangen:

Unsere Don Juans.

Operettenposse in 4 Akten

Anfang 7 1/2 Uhr. Son 7 Uhr: Konzert.

Sonntag:
Gastspiel Frau J. Waldheim-Stein-

schreiber, Hr. Alfred Stender-Stefani

und Herr Moritz Meffert.

Die Fledermaus.

Der „Bund“ und der Selbstschuß.

Die Judenkravalle, die in den letzten zwei bis drei Jahren in Rußland vorgekommen sind, das Verhalten der jüdischen Bevölkerung zu denselben, insbesondere aber der vom „Bunde“ organisierten jüdischen Arbeiterschaft, der Umschwung, der in der christlichen Bevölkerung zu bemerken ist, der Unterschied zwischen den Judenmachern der achtziger Jahre und den jetzigen, das alles verdient einmal eine ausführliche Betrachtung.

Wie allgemein bekannt ist, haben im Anfange der achtziger Jahre Exzesse gegen die Juden in vielen Städten Rußlands stattgefunden. Daß dieselben von der Regierung organisiert waren, dafür bürgt schon, außer vielen anderen Beweisen, der Name Plehwe, der damals Chef des Polizeidepartements war. Nur muß hierbei bemerkt werden, daß die Organisation der damaligen Exzesse bei weitem nicht so klar zu Tage getreten war, wie es gegenwärtig der Fall ist, ferner, daß in den achtziger Jahren an den Exzessen verhältnismäßig große Massen der Bevölkerung, besonders der Gauen, teilgenommen haben, und daß damals eine sehr oberflächliche Agitation seitens einiger aus Petersburg hergesandter Polizeibeamten genügte, um die unwissenden und ausbeuteten Volksmassen gegen die Juden aufzuhetzen. Daher war es auch der Regierung möglich, diese Exzesse als eine Volksbewegung gegen die jüdischen Wucherer und Ausbeuter darzustellen. Unter ganz anderen Verhältnissen spielen sich die Exzesse der letzten Zeit ab. Die letzten zwanzig Jahre sind nicht unsonst vorübergegangen für Rußland. Das Niveau der Volksmassen, besonders in den Städten, hat sich wesentlich gehoben, eine starke Arbeiterbewegung ist entstanden und ein richtigeres Verständnis der verschiedenen sozialen Lebensereignisse greift immer mehr um sich. Man erinnere sich nur an Kischinev: eine spezielle Rettung wurde dort herausgegeben, die die Massen in diesem Sinne bearbeitete („Wissarsch“ von Kuschman), es mußte ein spezieller Beamter (Baron Löwenbal) mit einer ganzen Bande kleinerer Polizeibeamten sich längere Zeit vorher in der Stadt niederlassen, um diese schreckliche Judenmordung zu organisieren, und am Ende hat nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung an den Exzessen teilgenommen; nicht nur alle Anführer, sondern auch ein überwältigender Teil der Kravallhelden überhaupt bestand aus Polizeibeamten, Spitzeln und Vertretern der sogenannten „schwarzen Bande“, des städtischen Gefolges, unterstützt von einigen Geschäftsantiquaritäten und dergleichen.

Einen Judenkravall jetzt zu organisieren, ist bei weitem nicht so leicht, wie vor zwanzig Jahren. Man denke sich nur, was für eine Unmasse von Flugblättern und Broschüren, die gegen die Juden aufstehen und zu Gewalttätigkeiten auflockern, jetzt erscheint. Die Zahl solcher Flugblätter kann leicht nach Millionen gezählt werden, dabei die verstärkte mündliche Agitation, die von Geistlichen, Polizeioffizieren, Spitzeln usw. getrieben wird. Man sucht in den Flugblättern die Juden als „Blutgänger“ des russischen Volkes darzustellen, als Feinde des Zaren, des Vaterlandes und der orthodoxen Kirche, als Leute, die die Japaner mit ihrem Gelde gekauft haben, die die Konstitution nur erstreben, um mit Hilfe des Parlaments alles in ihre Hände zu bekommen, um dann das Volk noch stärker auszunutzen zu können. Es verdient aber erwähnt zu werden, daß in den meisten dieser Flugblätter die Juden nicht allein figurieren, sondern sich in der Nachbarschaft von Polen und Armeniern befinden, von liberalen Sensivolenten, Studenten, Gymnasialisten, Ärzten, Schriftstellern, Lehrern, Intellektuellen überhaupt. Gegen alle diese Leute wird das Volk aufgehetzt, sie alle werden als die schlimmsten Feinde des Vaterlandes bezeichnet. Und wir sehen auch, daß wir jetzt nicht nur Judenexzesse haben, sondern auch schreckliche Mordmordungen der Armenier auf dem Kaukasus, empörende Ueberfälle auf Gymnasialisten in Kurland und Pskow,

einzelne Ueberfälle auf Studenten, besonders in den Universitätsstädten. Manche Ärzte und Lehrer mußten ihre Stellen verlassen infolge der feindseligen Stimmung der Dauer, wie z. B. im Gouvernement Saratow und anderen. Die mündliche und schriftliche Agitation der Regierung gegen die Juden hat sich also kolossal entfaltet. Und doch muß festgestellt werden, daß die Wirkung dieser kolossalen Agitation nicht allzu stark ist, denn die Juden-Exzesse fanden in keinem Verhältnis dazu, und in sehr vielen Städten, wo die Agitation gegen die Juden von den Polizeibeamten sehr arg getrieben wurde, ist sie dank der starken jüdischen Arbeiterorganisation völlig mißlungen.

Gegen wir jetzt zu der Frage über, wie sich bei den jetzigen Exzessen die jüdische Bevölkerung verhält, insbesondere die Arbeiterschaft, und was für ein Unterschied dabei im Vergleich mit den 60er Jahren zu bemerken ist. In den 60er Jahren war von den Juden, außer in Warschau und noch einigen Städten, überhaupt gar kein Widerstand geleistet worden. Die Juden versteckten sich in den Kellern, vor ihren Augen wurde ihr Hab und Gut zerstört, ihre Mädchen geißelt oder verurteilt, ihre Frauen und Töchter vergewaltigt. Das Schreckliche dabei waren nicht nur alle diese Greuel, sondern nicht minder, daß dagegen kein Widerstand geleistet wurde, daß die Leute sich wie Käfer hinstreckten ließen. Einen befürchteten Vorwurf kann man selbstverständlich den Leuten daraus nicht machen; denn man kann von den dreimal geknechteten Bürgern Rußlands nicht verlangen, daß sie dasselbe Maß von Menschenwürde besitzen, wie diejenigen, die in der Atmosphäre der politischen Freiheit und bürgerlichen Gleichberechtigung aufgewachsen sind. Umso mehr müssen wir aber den Umschwung bewundern, der in den letzten Jahren eingetreten ist.

Wie bekannt, existiert schon seit mehr als 15 Jahren eine Arbeiterbewegung innerhalb der Juden in Rußland. Seit dem Jahre 1897 hat sich der „Allgemeine jüdische Arbeiterbund“ gebildet, der mit jedem Jahre an Stärke und Bedeutung wächst und der zur Zeit unsichtbar zu den wichtigsten gesellschaftlichen Faktoren des russischen Gesellschaftslebens gehört. Der „Bund“ hat seine Tätigkeit in den größten wie in den mittleren Städten bis in die kleinsten Flecken entfaltet. Die Bewegung mußte selbstverständlich das jetzige Niveau der Arbeiterschaft heben. Es entstand in derselben ein starkes Drängen nach Wissen, es bildete sich ein großes Interesse an verschiedenen gesellschaftlichen Fragen heraus, am Leben und an den Einrichtungen der westeuropäischen Länder. Jeder Schritt der Bewegung mußte durch harten Kampf erobert werden, und diese Schule war es, die den Juden, der ehemals vor jedem Polizeibeamten zitterte, zu einem Bürger in vollem Sinne des Wortes erzogen hat. Und diese Tätigkeit des „Bundes“ war es, die revolutionierend auch auf die verschiedenen Schichten der Bourgeoisie wirkte, was auch von dem größten Teile der letzteren offen zugegeben wird. Daß dies auch von dem größten Teile der jüdischen Liberalen anerkannt wird, zeigt am besten die Tatsache, daß sie auch den „Bund“ unterstützen, und das ist auch sehr verständlich: denn wenn sie auch das Endziel desselben — den Sozialismus — nicht teilen, so verstehen sie ganz gut, daß das nächste Ziel, zu dem der „Bund“ strebt, — die Erklämpfung einer Verfassung auf demokratischer Grundlage, die politische und bürgerliche Gleichberechtigung — dem ganzen Volke zu Gute kommen wird.

Dieser Umschwung in dem Leben des Volkes mußte selbstverständlich sein Selbstbewußtsein und seine Menschenwürde heben. Die traditionelle Furchtsamkeit war verschwunden, und daher ist es kein Wunder, daß der jüdische Proletariat eher sein Leben als seine Ehre hingibt. Der Selbstschuß kommt jetzt auf den Plan und fast in jeder Stadt, wo die Flamme der Judenkravalle aufblühte, war der vom „Bunde“ organisierte Selbstschuß tätig. Kischinev war die einzige größere Stadt, wo die Arbeiterorganisation keinen tätigen Selbstschuß organisiert hatte. Und das ist zu erklären erstens dadurch, daß die Arbeiterbewegung

dort sehr schwach war, zweitens weil Militär und Polizei auf brutale Weise jeden Widerstand der Juden niederdrückte. Aber dann folgte S o m e l, wo der Kravall schon nicht so ganz unerwartet kam. Dort war ein sehr tätiger Selbstschuß vom „Bund“ organisiert. Alle Augenzeugen stimmen überein, daß, wenn das Militär nicht auf der Seite der Kravallhelden gewesen wäre, die letzteren sicherlich eine vollständige Niederlage erlitten hätten. Und trotz dieses Verhaltens des Militärs war die Zahl der getöteten und verwundeten Kravallleute fast dieselbe wie bei den Juden. Der Kravall betraf sich nur auf ein paar Straßen aus, und der größte Teil der Stadt war gerettet.

Besonders halbenmütig haben in der letzten Zeit die Mitglieder des Selbstschußes in Schitomir gekämpft. Ohne den Selbstschuß wäre es dort zu einem zweiten Kischinev gekommen. Die Zahl der zerstörten und beraubten Wohnungen ist einfach minimal, aber es war eine förmliche Schlacht zwischen der organisierten Bande und dem Selbstschuß. Und dabei muß man nicht vergessen, daß die Hauptkräfte aus Moskau und Tu'a angekommen waren und nicht nur mit Pistolen, sondern sogar mit Flinten bewaffnet waren; ein kleiner Haufen der Selbstschußler (der größte Teil war im Zentrum der Stadt aufgestellt) hat vier Stunden lang gegen eine weit größere Zahl von militärisch geschulten Leuten, die mit Flinten bewaffnet waren, gekämpft und es verhindert, daß dieselben weiter in die Stadt hineindrängten. Sie kämpften wie Helden, alle von dieser Abteilung waren entweder getötet oder verwundet; die letzten Worte des gefallenen Studenten Wenzel waren: „Halt im, nimm meine Pistole.“ Sie sind alle gefallen, aber sie haben hunderte Familien vom Unglück gerettet, sie haben ausgeharrt, bis ein neuer Trupp von Selbstschußlern gekommen war und über die Leichen der gefallenen Kameraden zum Angriff ging.

In der Stadt Brest Litowsk, wo die Regierungsbeamten die Reservisten gegen die Juden aufstehen (es ist festgestellt, daß vorher unter ihnen entsprechende Broschüren von Polizisten verteilt wurden) und wo die Reservisten ebenfalls Flinten bei sich hatten, hat der Selbstschuß das Unglück lokalisiert und den größten Teil der Stadt von der Plünderung gerettet. Auch diese Stadt kann mit Kummer, aber zugleich mit Stolz auf ihre 6 Toten und über 30 Verwundete bilden. Sogar in dem kleinen Städtchen S m e l a war der Selbstschuß tätig, denn sofort hat die Organisation des „Bundes“ in Tscherkassy (eine benachbarte, etwas größere Stadt) Selbstschußler dahin abkommandiert. Die starke Organisation des „Bundes“ und die Wirkung, die die jüdischen Arbeiter auch auf ihre christlichen Kollegen ausüben, bringt es dazu, daß in vielen Städten die Machthaber nicht wagen, eine Judenhege zu organisieren, weil das Spiel dort zu gefährlich für sie werden könnte. Nach Kowno z. B. sind organisierte Polizeibeamten angelangt und agitierten für eine Hege. Die Arbeiterschaft hat sofort eine große Demonstration gegen die Regierung und die schändliche Judenverhöhnung veranstaltet. In einigen Städten haben die revolutionären Komitees die Machthaber benachrichtigt, daß, wenn eine Judenhege entstehen sollte, sie alle diese gefährlichen Kräfte gegen die Machthaber lenken werden, alle Regierungsgebäude zerstören und alle Beamten niederschlagen werden. Ueberhaupt ist in vielen Städten dank der Stärke der Arbeiterorganisation und dank der genügenden Anzahl von Waffen ein Boykott (Hege) gar nicht möglich.

Eine große Bedeutung hat auch bei der jetzigen Lage des Judentums der geistige Umschwung, der sich in der christlichen Bevölkerung vollzogen hat. Dieser Umschwung ist zwei Faktoren zu verdanken. Erstens der Arbeiterbewegung, die mit jedem Tage auch innerhalb der christlichen Bevölkerung immer mehr Boden faßt und zur Aufklärung der breiten christlichen Volkschichten dient; zweitens der starken jüdischen Arbeiterbewegung, die revolutionierend auf die christlichen Arbeiter wirkt. Früher konnte dank einer

Um den Lorbeer der Wissenschaft.

Roman von Friedrich Thiele.

23 Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Der Vorsitzende vernahm nunmehr die wenigen Zeugen, in erster Linie Gertrud und ihre Mutter, welche leider bekräftigen mußten, daß ihnen kein dem beschriebenen ähnliches Buch je zu Gesicht gekommen sei. Geheimrat Selal legte die Depesche Leopolds vor und berichtete alle Details seiner Ankunft und den Eindruck seiner Erzählungen. Er verschwieg auch nicht den Schritt, den er bei Hohl unternommen, leider habe er sich hierbei von dessen geistiger Anomalie zur Evidenz überzeugt. Einige Personen, mit denen Reinhart auf der Eisenbahnfahrt nach der Heimatstadt zusammengetroffen, schilderten seine Ueberreiztheit und Erregung während der Reise. Außerdem wurden noch gehört der Vorsitzende des Vereins für Erdkunde, sowie mehrere Teilnehmer an der denkwürdigen Sitzung, mehrere Freunde Hohl's und Leopolds über den mehr oder weniger glaubhaften Eindruck der privaten Darstellungen der beiden Forscher und Dr. Fresen über den Transport Reinharts nach seiner Wohnung und seinen damaligen Zustand.

Lehterer eröffnete zugleich die Reihe der Sachverständigen. Er stand nicht an, den Beklagten als geistig völlig intakt hinzuzufügen. „Das Verhalten Hohl's“, erklärte er, „bietet dafür den unwiderlegbaren Beweis. Er lagte Dr. Selal an, als er noch geistig zurechnungsfähig war, er wußte nichts mehr von seiner angeblichen fixen Idee, als er wahnsinnig war, und sie lehrte sofort zurück, nachdem er seine Gesundheit wieder erlangte. Haben Sie ihn übrigens nicht alle pläbieren hören? Spricht so ein Verrückter? Ich wollte, ich besäße die hohe Logik und Klarheit seines Geistes!“

Fresen's Urteil machte Eindruck, daher erhob sich der Vertreter Leopolds hastig, um auf seine nahe Verwandtschaft mit Dr. Hohl hinzuweisen. Dasselbe war zwar bereits bei

der Vereidigung vom Vorsitzenden konstatiert worden, Dr. Wolbig erachtete es aber für diplomatisch, das Faktum zu wiederholen und erreichte damit, wie das allgemeine Gefühl beweist, ganz und gar seine Absicht, so eindringlich sich auch Rechtsanwält Hubenauer bemühte, den Umstand als belanglos hinzuzustellen.

Fast im selben Sinne wie Fresen, nur mit mehr Vorsicht, äußerte sich Professor Wittelkindt. Auch er habe keinen Augenblick an der wiedererlangten geistigen Integrität Dr. Hohl's gezweifelt, sonst würde er ihn nicht aus seiner Anstalt entlassen haben.

„Sind Sie auch heute noch, nach allem, was inzwischen gesehen, derselben Ueberzeugung?“ fragte der Vorsitzende mit Nachdruck.

„Ich getraue mir die Frage weder unbedingt zu verneinen noch zu bejahen.“

„Ist es möglich, daß jemand den Anschein unversehrter geistiger Gesundheit erwidert und doch die Deute einer fixen Idee von der Art derjenigen sein kann, welcher der Beklagte, wie von dem Kläger behauptet wird, unterliegt?“

„Wenn es sich nur um die Möglichkeit handelt — die Möglichkeit kann ich nicht in Abrede stellen.“

„Aber würde ein so Befasster trotz alledem einer so logischen Ausdrucksweise fähig sein wie Herr Dr. Hohl?“

„Ich weiß es nicht, der Fall ist mir noch nicht vorgekommen. Unser Wissen von den Geisteskrankheiten ist im großen ganzen Stückwerk. — Die Möglichkeit wenigstens muß ich auch hier bejahen.“

An die vier weiteren nun folgenden Sachverständigen richtete der Schöffengericht genau dieselben Frage und alle beantworteten sie, mit einer einzigen Ausnahme, in demselben Sinne. Die Ausnahme macht Geh. Sanitätsrat Dr. Glesbrecht; ebenso wie die drei übrigen eine Autorität auf dem Gebiete der Psychologie und Psychiatrie, erklärte er, auf Grund der heutigen Verhandlung nicht zur Bildung eines abschließenden Urteils in der Lage zu sein und

stellte den Antrag, den Beklagten zur Beobachtung einer Nervenheilanstalt auf weitere sechs Wochen zu überweisen. Sämtliche anderen Mediziner stellten die Notwendigkeit einer solchen Maßregel in Abrede, da ja Dr. Hohl von dem vorzüglichen Professor Wittelkindt eingehend beobachtet worden sei. Auch beide Anwälte wendeten sich gegen die Zweckmäßigkeit des Vorschlags, und der Gerichtshof schloß sich ihren Deduktionen und dem Gutachten der Mehrzahl an.

An die geladenen geographischen Fachmänner, lauter Kapazitäten ersten Ranges, erging vor allem die Frage: Ob denn ein Betrug, wie der hier behauptete, überhaupt denkbar sei? Und wenn, ob im konkreten Falle die Wahrscheinlichkeit einer Täuschung gegeben sei? Sämtliche Sachverständige sprachen sich übereinstimmend dafür aus, wie überall, so sei auch hier auf wissenschaftlichem Gebiete die Möglichkeit des Betruges wohl gegeben. Die Geschichte der Forschung verzeigte verschiedene und darunter sehr eklatante Fälle. So habe einmal ein gewandter Betrüger eine Geschichte und Sprache der Insel Formosa herausgegeben, ohne je dort gewesen zu sein und eine Ahnung von der Beschaffenheit der Insel zu haben. Auch der englische Dichter Chatterton veröffentlichte angebliche Dichtungen älterer bisher unbekannter Verfasser, die von ihm selbst herstammten.

An sich liege also die Annahme eines Vorganges, wie des von Dr. Hohl geschilderten, durchaus nicht außer dem Bereiche der Tatsächlichkeit.

Dagegen habe man in vorliegender Sache von Anfang an den Eindruck empfunden, daß Dr. Hohl, angefaßt von Ehrgeiz und dem Schmerz darüber, zurückbleiben zu müssen, allmählich in sich die Idee großgezogen habe, er sei es gewesen, der jene wissenschaftliche Tat vollbrachte. Wenigstens trage das Auftreten Dr. Leopold Selals vom ersten Augenblick an den Charakter des durchaus Wahrscheinlichen und Normalen an sich, während Dr. Hohl's Gebahren von vornherein über die Absonderlichkeit seines seelischen Zustandes keinerlei Zweifel übrig lasse.

